

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXII 3–2006

KONFLIKTTANSFORMATION UND FRIEDENSPROZESSE

Schwerpunktredaktion: Wilfried Graf
Gudrun Kramer

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 Editorial
- 6 THANIA PAFFENHOLZ
Peacebuilding: A Task for Development Cooperation
- 35 ALEJANDRO BENDANA
Peacebuilding and Neoliberalism: Will Foreign Dictated
State-Building Prevail?
- 55 WILFRIED GRAF, GUDRUN KRAMER, AUGUSTIN NICOLESCU
Conflict Transformation through Dialogue: From Lederach's
Rediscovery of the Freire Method to Galtung's 'Transcend'
Approach
- 84 LIOBA LENHART
Der Krieg im Norden Ugandas: Konfliktdimensionen und
Friedenspotenziale
- 114 REINER MEYER
Der Israelisch-Palästinensische Konflikt: Die verpasste Chance
zur Versöhnung durch den Oslo-Friedensprozess
- 129 Rezension
- 134 Schwerpunktredaktion, Autorinnen und Autoren
- 137 Impressum

LIOBA LENHART

Der Krieg im Norden Ugandas: Konfliktdimensionen und Friedenspotenziale

Im Januar 2006 schrieb die Wochenzeitschrift *The East African*, dass der gewaltsame Konflikt im Norden Ugandas zu den weltweit am wenigsten beachteten Krisen zählt. Die internationale Hilfsorganisation *Médecins Sans Frontières* hatte eine Liste der zehn humanitären Krisen veröffentlicht, die im Jahre 2005 in den westlichen Medien kaum oder gar nicht berücksichtigt wurden. Laut einer Untersuchung des Online-Magazins *The Tyn-dall Report* hatten die drei größten US-amerikanischen Fernsehsender in ihren Abendnachrichten von insgesamt 242,15 Stunden gerade einmal acht Minuten Sendezeit für zwei der in der Liste aufgeführten Krisen erübrigt. Nord-Uganda gehörte zu den Themen, die kein einziges Mal erwähnt wurden – obwohl es sich um „one of the world’s worst humanitarian crises“ handelt, die seit nunmehr zwei Dekaden unlösbar scheint (*The East African* 2006: 19; vgl. auch MSF 2006).

Hauptbetroffene dieses „vergessenen“, von der Weltöffentlichkeit weitgehend ignorierten Krieges zwischen der Rebellenorganisation *Lord’s Resistance Army* (LRA) und der Regierung von Uganda bzw. der ugandischen Armee *Uganda People’s Defence Force* (UPDF) ist die Zivilbevölkerung. Seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung im Jahre 1986 hat die LRA schätzungsweise 30.000 Jungen und Mädchen entführt, als KindersoldatInnen missbraucht und sexuell versklavt und ist für Folter, Vergewaltigungen, Verstümmelungen und vorsätzliche Tötung von zehntausenden ZivilistInnen verantwortlich. Auch die ugandische Armee hat sich Verbrechen an der Zivilbevölkerung schuldig gemacht. In der Region ist die ökonomische und soziale Infrastruktur inzwischen weitgehend zerstört, die Aufgaben von Polizei und Justiz werden in zunehmendem Maße vom Militär übernommen. 1,6 Millionen Menschen drängen sich als Binnenvertriebene unter

katastrophalen hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern, wo sie nur aufgrund der Versorgung durch internationale Hilfsorganisationen (*World Food Program* u.a.) überleben können. Inzwischen gibt es militärische Erfolge der UPDF, die Teile der LRA in den Ost-Kongo abdrängten, sowie weitere Verhandlungsbemühungen, die eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung wahrscheinlicher werden lassen (vgl. *Justice and Peace Commission* Gulu 2004-2006; ICG 2006).

In diesem Beitrag wird den Fragen nachgegangen, warum der Konflikt im Norden Ugandas bisher nicht gelöst wurde und welche Faktoren zur Friedensentwicklung beitragen können. Der Beschreibung der Konfliktkonstellation und der Friedensinitiativen folgt die Betrachtung der Positionen, Interessen und Bedürfnisse der primären Konfliktparteien und der Zivilbevölkerung sowie die Erörterung der strukturellen Bedingungen und kulturellen Muster, die dem Konflikt zugrunde liegen und seine Lösung erschweren. Anschließend werden die trotz der stark ausgeprägten, konfliktverlängernden Faktoren gegebenen Friedenspotenziale fokussiert und die Vision einer idealen Situation skizziert, die eintreten könnte, wenn wesentliche Konfliktursachen erfolgreich bearbeitet worden sind. Der abschließende Vergleich der derzeitigen Situation mit dem als ideal antizipierten Zustand macht die Defizite sowie die Erfordernisse für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung und den Friedensaufbau deutlich (Zur Analyse von Konfliktursachen, Konfliktverlauf und Konfliktbearbeitung im Allgemeinen und in Bezug auf Nord-Uganda vgl. Galtung 1998, 2000; Anderson 1999; Fisher et al. 2000; Paffenholz/Reychler 2004; Lenhart 2005).

Der Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis Mitte 2006. Seither sind jedoch entscheidende Veränderungen eingetreten, die in einem kurzen Nachwort zusammengefasst werden.

1. Konfliktkonstellation: Interne und externe Konfliktparteien

Der Konflikt im Norden Ugandas ist ein regionaler und interner sowie zwischenstaatlicher und internationaler Konflikt um materielle und soziale Ressourcen, politische Teilhabe und kulturelle Identität. Primäre interne Konfliktparteien sind die *Lord's Resistance Army* und die ugandische Regie-

rung bzw. Armee. Die gewaltsame Konfliktaustragung wurde zeitweise von externen Akteuren verstärkt – insbesondere von der Regierung des Sudan und der *Sudan People's Liberation Army* sowie der Regierung der USA.

1.1 *Lord's Resistance Army*

Seit 1986, als der aus dem Südwesten stammende und heute noch amtierende Präsident Museveni die Macht übernahm, ist der Norden Ugandas – in dem die ethnische Gruppe der Acholi die Bevölkerungsmajorität stellt – Schauplatz von durch so genannte Geistermedien geführte Bewegungen. Diese Bewegungen verbinden ihren politischen und militärischen Widerstand gegen die Regierung mit der Mission, die Acholi-Gesellschaft zu „reinigen“ und zu „erneuern“, wobei sie christlich-fundamentalistisches Gedankengut und tradierte Acholi-Überzeugungen verschmelzen. Die erste dieser Bewegungen war die zunächst von Alice Auma Lakwena und später von Severino Likoya Kiberu geführte Rebellion des *Holy Spirit Movement* (HSM), aus der die *Lord's Resistance Army* (LRA) hervorging, die bis heute unter Führung von Joseph Kony eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der ugandischen Armee führt (vgl. Behrend 1993, 1998: 107ff.; Doom/Vlassenroot 1999: 5ff.; Finnström 2003).

LRA-Führer Joseph Kony, der aus einer bäuerlichen Familie stammt, nur kurze Zeit eine Schule besuchte und sich dann als Heiler betätigte, machte nur wenige Erfahrungen außerhalb seines lokalen Umfelds, ehe er mit seiner Armee in den Busch ging. Er ist davon überzeugt, in direktem Kontakt mit dem Heiligen Geist und anderen Geistern zu stehen, die seine Befehle lenken und durch ihn als Medium die LRA führen (Behrend 1993: 204ff., 1998: 115ff.; Lucima 2002: 17f.; RLP 2004: 14f.). Konys LRA kontrolliert kein bestimmtes Territorium, verfügt über keine administrativen Organe und keine Exilvertretung (nicht mehr) und erhält von der Bevölkerung Nord-Ugandas so gut wie keine Unterstützung. Sie ist eine mobile Armee, die bis vor kurzer Zeit ihre Hauptstützpunkte im Sudan hatte und von dort aus in Nord-Uganda operierte (Lucima 2002: 19; HURIPEC 2003: 51f.; RLP 2004: 33f.; CSOPNU 2004: 51f.). Teile der LRA haben sich inzwischen in den Kongo begeben (ICG 2006: 5f.). Die Mehrheit der KombattantInnen sind entführte Jugendliche und Kinder.

Die LRA vermeidet seit langem die direkte Konfrontation mit der Regierungsarmee. Ihre Aktionen richten sich seit den 1990er Jahren über-

wiegend gegen die Zivilbevölkerung. Die RebellInnen ziehen in kleinen Gruppen durch das Buschland Nord-Ugandas und angrenzender Regionen, überfallen Dörfer, Handelszentren und Flüchtlingslager, um sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen und Jugendliche und Kinder zu entführen, die als KämpferInnen in die LRA integriert bzw. zu DienstbotInnen und „*wives*“ gemacht werden. Der Gebrauch von spiritueller Macht und Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung sowie in den eigenen Reihen (einschließlich Vergewaltigungen und Zwang, andere Menschen – oft Mitglieder der eigenen Familie – zu töten) soll Loyalität und Gehorsam erwirken (Lucima 2002: 18f.; CSOPNU 2004: 52ff.; RLP 2004: 16ff., 20ff.; 32f.; Allen 2005: 26ff.; vgl. auch HRW 2003a, 2003b).

1.2 Ugandische Regierung und Armee

Die ugandische Regierung des *National Resistance Movement* (NRM) unter Präsident Museveni, die weithin als eine der Erfolgsgeschichten Afrikas gehandelt wird, ist seit zwei Dekaden an der Macht. Im Westen hat sie eine gute Reputation aufgrund der eingeleiteten Demokratisierung, der Verbesserung der Menschenrechtslage, der Stärkung der Rechte der Frauen, der ökonomischen Erholung sowie des Ausbaus von Erziehungssystem und Gesundheitsvorsorge und der deutlichen Absenkung der HIV-Infizierungs-raten (Leggett 2001: 6ff., 36ff.; Neu 2004: 2; Weyel 2004: 2ff.). Uganda erhält großzügige internationale Finanzhilfe – etwa 50% des Budgets der Regierung stammt von den wichtigen Geberländern USA, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Kanada, Dänemark und Deutschland (CSOPNU 2004: 115) –, obwohl die Rechtmäßigkeit der Regierung von verschiedenen internen Rebellionen immer wieder in Frage gestellt wurde.

Der Präsident ist bestrebt, den Konflikt mit der LRA militärisch zu lösen (CSOPNU 2004: 60) und verkündet seit Jahren regelmäßig den kurz bevorstehenden Sieg der Armee über die RebellInnen. Um die vermeintliche Unterstützung der LRA durch die Acholi zu unterbinden, hat die Regierung die Zivilbevölkerung seit 1996 mit erheblichem Druck dazu gebracht, in die als *protected villages* bezeichneten Flüchtlingslager zu ziehen, in denen inzwischen ca. 80% der Acholi leben (CSOPNU 2004: 60, 63ff.; NRC 2004: 1). Ein im Jahr 2000 verabschiedetes Amnestie-Gesetz für LRA-KämpferInnen nimmt die LRA-Führungsspitze aus, die von der ugandischen Regierung Ende 2003 beim Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrecher an-

geklagt wurde (Allen 2005: 1ff., 32, 37ff.). Im folgenden Jahr hat der Präsident – nicht zuletzt infolge internationalen Drucks – seine frühere Ministerin für den Norden und heutige Mitarbeiterin der Weltbank Betty Bigombe beauftragt, Kontakt zu der LRA aufzunehmen und Verhandlungen zu beginnen (ICG 2006: 8f.).

Führende Mitglieder der Armee haben den Präsidenten immer wieder in der Ansicht bestärkt, dass ein militärischer Sieg über die LRA leicht zu erreichen und wünschenswerter als eine friedliche Konfliktregelung ist (CSOPNU 2004: 60). In den höheren Rängen der Armee sind Korruption und kriegsökonomisches Profitstreben weit verbreitet und bleiben straflos, da die Regierung keine klaren Maßnahmen ergreift, die betreffenden Kommandeure zur Verantwortung zu ziehen (HURIPEC 2003: 48ff.). Die einfachen Soldaten, deren Auftrag es ist, gegen die LRA zu kämpfen und die Flüchtlingslager zu bewachen, haben sich in vielen Fällen als unfähig erwiesen, auf LRA-Angriffe zu reagieren und die Zivilbevölkerung zu beschützen. Nicht wenigen Soldaten wurden zudem Menschenrechtsverletzungen und Plünderungen nachgewiesen, so dass viele ZivilistInnen genau die Kräfte fürchten, die ihnen eigentlich Schutz geben sollen (CSOPNU 2004: 76f., 80ff.; ICTJ/HRC 2005: 15). Dies gilt auch für Teile der so genannten *Local Defense Units* (LDUs), die von der Regierung als Miliz zur Unterstützung der UPDF eingesetzt werden (CSOPNU 2004: 61, 88f.; RLP 2004: 37f., 40).

1.3 Regierung des Sudan

Der Sudan spielt in dem Konflikt seit Jahren eine wichtige Rolle. Die LRA, die bis vor kurzem ihre Hauptstützpunkte und Rückzugsgebiete im südlichen Sudan hatte und von dort aus in Nord-Uganda operierte, wurde jahrelang von der sudanesischen Regierung mit Material und militärischer Logistik unterstützt – in Reaktion auf die Unterstützung der *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) durch die ugandische Regierung. Im Gegenzug kämpfte die LRA als Miliz an der Seite der sudanesischen Armee gegen die SPLA. Infolgedessen überlagerten sich die zwei Konflikte nördlich und südlich der ugandisch-sudanesischen Grenze in zunehmendem Maße (Lucima 2002: 19, 23; DFID 2003: 13f.; HURIPEC 2003: 79f.; CSOPNU 2004: 29f.; Allen 2005: 21ff.).

Nach dem Friedensabkommen zwischen Uganda und dem Sudan im Jahre 1999 begannen sich die Beziehungen der beiden Staaten schrittweise

zu normalisieren (Lucima 2002: 52ff.). Dieses Abkommen kam auf Druck der USA zustande, die in der Folgezeit die sudanesisische Regierung dazu brachte, Friedensverhandlungen mit der SPLA aufzunehmen und der ugandischen Armee zu gestatten, in das Gebiet des Sudan einzudringen, um dort LRA-KämpferInnen, welche die Grenze überschritten hatten, weiter zu verfolgen (Operation *Iron Fist*, HURIPEC 2003: 80f., 87ff.; CSOPNU 2004: 30). Der Sudan, der nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 von westlichen Regierungen als „*supporter state of terrorism*“ gebrandmarkt worden war, bemühte sich in jüngerer Zeit, wieder in den Reihen der internationalen Gemeinschaft akzeptiert zu werden. So gestattete er den Zugang humanitärer Hilfe in den von der SPLA kontrollierten Süden des Landes, was sich als wichtiger Schritt hin zu den Friedensverhandlungen mit der SPLA herausstellte (Lucima 2002: 23; Neu 2004: 2). Infolge des Friedensabkommens zwischen der Regierung in Khartoum und der SPLA im Januar 2005 haben sich auch die Beziehungen zwischen Uganda und dem Sudan inzwischen weiter verbessert. Die sudanesisische Regierung erlaubt der ugandischen Regierung weiterhin, LRA-RebellInnen und deren noch existierende Basislager auf südsudanesischem Gebiet anzugreifen (Operation *Iron Fist II*, CSOPNU 2004: 32).

Seit Anfang 2005 gibt es allerdings permanente Gerüchte, dass die sudanesisische Regierung oder einzelne Kommandeure der sudanesischen Armee und mögliche dritte Akteure im Sudan die Unterstützung für die LRA keineswegs eingestellt haben (ICG 2006: 5). Die dritten Akteure sind vermutlich die *Equatoria Defence Forces* und die *South Sudan Defence Forces*, die weite Gebiete im südlichen Sudan kontrollieren und von der Regierung in Khartoum unterstützt und ausgerüstet werden. Die LRA ist hier immer noch willkommen, da diese Gruppierungen der SPLA und der ugandischen Regierung, welche auf Seiten der SPLA steht, feindlich gesonnen sind (Neu 2004: 4).

1.4 Sudan People's Liberation Army

Die *Sudan People's Liberation Army* (SPLA), die den größten Teil des Süd-Sudans kontrolliert und seit langem von den Nachbarländern Kenia und Uganda sowie den USA unterstützt wird, gilt weithin als legitime Bewegung, die für die Rechte und die Freiheit der Menschen in ihrem Gebiet

eintritt (Neu 2004: 2). Sie war in den Konflikt in Nord-Uganda von Anfang an involviert.

Seit ihrem Bestehen hatte die SPLA die politische Unterstützung der ugandischen Regierung, die seit 1997 auch militärische Hilfe leistete, was den Einsatz von UPDF-Kräften im Süd-Sudan mit einbezog. Zudem unterhalten SPLA und UPDF gemeinsame Einrichtungen in Nord-Uganda (HURIPEC 2003: 79f.; CSOPNU 2004: 29f.). Nach dem Friedensabkommen zwischen Khartoum und der SPLA, die inzwischen die offizielle Kontrolle im südlichen Sudan innehat, besteht die ugandische Kooperation mit der SPLA fort (ICG 2006: 5). Der Führer der SPLA, John Garang, der zum Vizepräsidenten des Sudan ernannt wurde, hatte noch kurz vor dem für ihn tödlichen Helikopterabsturz im Sommer letzten Jahres öffentlich seine Absicht betont, die LRA aus dem südlichen Sudan zu vertreiben, wenn ihre Führung die Teilnahme an Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts in Nord-Uganda ablehnen sollte.

1.5 Regierung der USA

Die USA – der zentrale nicht-afrikanische Akteur in Ost- und Zentralafrika und zugleich wichtigstes Geberland für Uganda – haben den Konflikt in gewissem Maße immer wieder geschürt, indem sie sich nicht neutral verhielten, sondern auf die Seite der ugandischen Regierung als Hauptverbündeten in der Region stellten.

Die USA gewähren Uganda seit Langem großzügige militärische und logistische Hilfe. Nach dem 11. September 2001 ermutigten sie Uganda, bewaffnete nicht-staatliche Gruppen im Land zu nennen – unter ihnen die LRA –, die auf die US-amerikanische Liste terroristischer Gruppen gesetzt wurden. Operation *Iron Fist* und die folgende, noch andauernde Offensive gegen die LRA wurden und werden mit US-amerikanischer Hilfe durchgeführt. Zudem unterstützen die USA gemeinsam mit Uganda seit langem die SPLA mit dem Ziel, die Regierung in Khartoum zu unterminieren. In den Nachwehen des 11. Septembers 2001 bezeichneten sie den Sudan als Rückzugs- und Unterstützungsbasis des Terrorismus und begannen einen Kampf gegen islamistische Gruppen im Sudan, für den sie die SPLA und ugandische Streitkräfte einsetzten (HURIPEC 2003: 82ff.).

Zudem gibt es Gerüchte, dass US-amerikanische Firmen ihr Interesse bekundet haben, Land im Gebiet der Acholi zu nutzen, um Baumwolle für

den US-amerikanischen Kleidermarkt zu produzieren. Die Politik der ugandischen Regierung, die Mehrheit der Bevölkerung des Nordens in Lagern für Binnenvertriebene anzusiedeln, könnte – so wird vermutet – Teil der Strategien sein, die Menschen von ihrem Land wegzubringen, um Raum für kommerzielle Farmer von außerhalb zu schaffen (HURIPEC 2003: 94ff.).

Es gibt gute Gründe für die Vermutung, dass die USA weiterhin eine militärische Lösung zur Beendigung des Krieges in Nord-Uganda bevorzugen und diese durch Bereitstellung von Ausrüstung und Durchführung von Trainings in „*counter insurgency strategies and tactics*“ (mit Letzterem wurde im September 2003 begonnen) unterstützen. Gleichzeitig, auf Druck einiger US-amerikanischer Kongressabgeordneter und der Europäischen Union, die auf eine friedliche Lösung drängen, ermutigen die USA jedoch auch die internationale Gemeinschaft, Friedensgespräche zu fördern.

2. Friedensinitiativen

Zivilgesellschaftliche Kräfte in Nord-Uganda und der Diaspora bemühen sich seit langem um eine Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln. Ihre Initiativen werden zum Teil von nationalen und internationalen Akteuren unterstützt.

2.1 Friedensinitiativen der Acholi-Zivilgesellschaft

Nach dem Scheitern von zunächst aussichtsreich erscheinenden Verhandlungen zwischen der ugandischen Regierung und der LRA in den Jahren 1993/94 haben sich verschiedene Friedensinitiativen, die von RepräsentantInnen der Acholi-Zivilgesellschaft ins Leben gerufen wurden, für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der LRA stark gemacht – insbesondere die Initiative des traditionellen Acholi-Führers oder *paramount chief* Rwot Acana II mit den Acholi *chiefs* und Ältesten, die *Acholi Religious Leaders Peace Initiative* (ARLPI), die *Civil Society Organisation for Peace in Northern Uganda* (CSOPNU), *Oduru Kuc* und die lokale Radiostation *Radio Mega* (Lucima 2002: 58ff.; HURIPEC 2003: 115ff., 123; RLP 2004: 44f.).

Diesen Initiativen ist es bis heute gelungen, den Kontakt mit der LRA nicht abreißen zu lassen. Sie setzen sich für die Amnestie-Gesetzgebung ein,

sind beratend tätig und fördern Versöhnungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen. Von der Regierung verlangen sie, die Lager für Binnenvertriebene aufzulösen und sind bestrebt, die vom Konflikt direkt Betroffenen aktiv in die Friedensarbeit einzubinden. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen arbeiten mit den so genannten *District Peace Teams* zusammen, die ein breites Spektrum von lokalen AkteurInnen und RegierungsvertreterInnen umfassen (HURIPEC 2003: 118) und sich um die Aufnahme früherer LRA-KämpferInnen und ihre Reintegration in die lokalen Gemeinschaften bemühen. Zudem stehen die Friedensinitiativen im permanenten Kontakt mit der Acholi-Diaspora sowie mit RepräsentantInnen der internationalen Gemeinschaft in Nord-Uganda. Die Regierung betrachtet die Kontakte dieser Initiativen zur LRA mit Misstrauen und hat sie des Öfteren als Kollaboration mit der LRA diskreditiert. Trotzdem trugen diese Initiativen dazu bei, dass ein im Jahr 2000 verabschiedetes Amnestie-Gesetz für LRA-KämpferInnen mehrfach verlängert wurde.

2.2 Friedensinitiativen auf nationaler Ebene

Im Mai 2004 beauftragte Präsident Museveni die frühere ugandische Ministerin für den Norden Betty Bigombe – eine Acholi, die seit 1996 bei der Weltbank tätig ist –, Verhandlungen mit der LRA aufzunehmen. Bigombe, die bereits in den Jahren 1993/94 im Auftrag der Regierung mit der LRA verhandelt hatte (Lucima 2002: 34ff.), hat sich immer bemüht, die traditionellen Repräsentanten der Acholi und die Führer der katholischen, anglikanischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften sowie andere VertreterInnen der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen einzubeziehen. Sie und ihr Team haben sich im vergangenen Jahr mit hochrangigen LRA-Kommandeuren getroffen, um Details für einen Waffenstillstand zu diskutieren und einen Entwurf für ein Friedensabkommen zu erarbeiten. Bigombe wird in ihren Bemühungen von internationalen Gebern – unter anderem Großbritannien, USA, Norwegen und den Niederlanden – unterstützt, die ihre Friedensinitiative finanzieren, die sie als beste Chance für Frieden seit Dekaden betrachten (ICG 2006: 8f., 12f.).

Neben Bigombe haben sich auch die für ihre Kritik der Regierungspolitik für Nord-Uganda bekannten Acholi-Parlamentarier Ronald Reagan Okumu und Norbert Mao permanent bemüht, auf nationaler Ebene für den Friedensprozess zu werben (Gersony 1997: 63f.; RLP 2004: 44).

2.3 Internationale Friedensinitiativen

Im Jahre 1996 gründeten Acholi in der Diaspora in Großbritannien die *Kacoke Madit*-Initiative, um einen öffentlichen Bewusstwerdungsprozess in Bezug auf den Konflikt anzustoßen und gangbare Wege zu entwickeln, durch die der Konflikt mit der LRA beendet werden kann. *Kacoke Madit* organisierte eine Reihe internationaler Konferenzen, die als offene Foren für alle Seiten des Konflikts gedacht waren und Mitglieder der betroffenen Bevölkerung Nord-Ugandas und der Diaspora, RepräsentantInnen der Regierung von Uganda, der Regierung des Sudan und der LRA sowie Mitglieder der internationalen Gemeinschaft zusammen brachten. Wichtige Konferenzen fanden 1997 und 1998 in London und 2000 in Nairobi statt. Des Weiteren steht *Kacoke Madit* in ständigem Kontakt mit den zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen der Acholi in Nord-Uganda (Lucima 2002: 62ff.).

Die internationale Gebergemeinschaft hat den Konflikt im Norden Ugandas bis vor kurzem weitgehend ignoriert (CSOPNU 2004: 117). Inzwischen haben einige Geber, darunter die USA bzw. USAID, damit begonnen, die so genannte *Northern Uganda Peace Initiative* der ugandischen Regierung und zivilgesellschaftlicher Kräfte zu fördern und zu finanzieren. Zudem unterstützen internationale MediatorInnen sowie Nichtregierungsorganisationen (u.a. CARE, ICRC, *Norwegian Refugee Council*, *Oxfam*, *Save the Children*, *World Vision*) und UN-Organisationen (*World Food Program* sowie UNICEF, OCHA, FAO u.a.), die Repräsentanzen in Nord-Uganda eingerichtet haben und in den Bereichen der Humanitären Hilfe, Recht, Versöhnung und Rehabilitation tätig sind, die Initiativen der internen Friedensakteure (DFID 2003: 23f.; HURIPEC 2003: 129ff.).

3. Positionen, Interessen und Bedürfnisse der primären Konfliktakteure

Die unvereinbaren Positionen und Interessen der primären Konfliktakteure überlagern fundamentale, nicht offen zum Ausdruck gebrachte Bedürfnisse, die Kern dieses komplexen Konfliktes sind. Diese betreffen die Sicherheit und materielle Existenzsicherung, Wohlfahrt, kulturelle Identität und politische Mitsprache aller in den Konflikt involvierter Gruppen. Dem gegenüber sprechen die Friedensakteure den Kern des Konflikts di-

rekt an, dessen Bearbeitung Voraussetzung für eine nachhaltige Konflikttransformation ist.

3.1 Ziele, Positionen und Interessen der Hauptkonfliktakteure

Die LRA-Führung betrachtet den Konflikt als nationalen Kampf mit den Zielen, die Regierung zu stürzen, eine neue Verfassung auf der Basis der Zehn Gebote einzusetzen, die nationale Integration und Demokratisierung Ugandas voranzutreiben, die politische Partizipation und soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Nordens zu forcieren sowie die Acholi-Gesellschaft zu „reinigen“ und zu „erneuern“. Die Wege, diese Ziele umzusetzen, werden in dem politischen Programm der LRA allerdings nicht klar zum Ausdruck gebracht (Lucima 2002: 18; Neu 2004: 3f.; RLP 2004: 15ff.). Dass sich die Aktionen der LRA überwiegend gegen die Acholi richten, wird dadurch gerechtfertigt, dass diese den Widerstand der LRA nicht unterstützen, sondern sich von der Regierung manipulieren und korrumpieren lassen würden. Zudem würden sie sich nicht von ihren tradierten Überzeugungen lösen, Hexerei praktizieren, damit gegen die christliche Ordnung verstoßen und somit den Maßstäben einer „neuen, gereinigten Acholi-Gesellschaft“ nicht gerecht werden (Neu 2004: 3; RLP 2004: 14f.). Eine Beendigung des Konfliktes auf der Basis von Verhandlungen kommt für die LRA nur dann in Frage, wenn diese von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden.

Museveni, der Uganda des Öfteren als „a nation of primarily Bantu people“ (Neu 2004: 2) bezeichnet hat, betrachtet den Konflikt in Nord-Uganda als ein Problem der sich ethnisch vom Süden des Landes unterscheidenden Bevölkerung der Acholi in einer peripheren Region des Landes, deren Stabilität durch Eingriff der Kräfte des Zentrums wiederhergestellt werden muss, um die innere Sicherheit und Kontrolle des gesamten Landes zu gewährleisten. Diese Sichtweise wird von vielen BürgerInnen Ugandas in zentralen Regionen des Landes sowie nicht wenigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft – insbesondere den USA – geteilt, deren politische und im Falle der Geberländer auch finanzielle Unterstützung die Regierung braucht. Die Regierung setzt nach wie vor überwiegend auf eine militärische Lösung des Konflikts und hat Joseph Kony und führende Kommandeure der LRA als Kriegsverbrecher beim Internationalen Strafgerichtshof angeklagt. Verhandlungen mit der LRA kommen für sie nur unter den Bedin-

gungen der Regierung in Frage. Hiermit hat der Präsident im vergangenen Jahr seine frühere Ministerin für den Norden beauftragt.

Die Armeeführung will den Konflikt militärisch lösen und damit ihre starke Position verfestigen. Politische BeobachterInnen glauben, dass sie massive politische, finanzielle und strategische Vorteile aus der unübersichtlichen Situation zieht und daher nicht an der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung interessiert ist.

3.2 Bedürfnisse der Hauptkonfliktakteure und der Zivilbevölkerung

Setzt man die Positionen und Interessen der primären Konfliktakteure in Beziehung zu dem, was sie wirklich benötigen, damit sich die Situation für alle Seiten positiv und nachhaltig verändert (vgl. Fisher et al. 2000: 27ff.), ergibt sich folgendes Bild: Die LRA-KombattantInnen brauchen die Sicherung ihrer primären Bedürfnisse (Nahrung, Unterkunft, Land), Amnestie, Versöhnung und Reintegration in die Gesellschaft sowie Zukunftsperspektiven (Ausbildung etc.). Für die Regierung bzw. die von ihr vertretene nationale Gemeinschaft sind nationale Integration und innere Sicherheit, ökonomische Stabilität und Entwicklung sowie internationale Unterstützung zentrale Notwendigkeiten. Aufgrund des gegenseitigen Misstrauens und der Angst, sich angreifbar zu machen, werden diese grundlegenden Bedürfnisse nicht offen kommuniziert und damit Chancen für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung vergeben.

Zieht man die fundamentalen Bedürfnisse der Zivilbevölkerung als Hauptbetroffene des Konflikts heran, um auf dieser Basis die Legitimität der Ziele der Konfliktparteien einzuschätzen (vgl. Galtung 2003: 4ff.), zeigt sich, dass die LRA und die Regierung bzw. UPDF die genannten Bedürfnisse – Überleben und Sicherheit, ökonomisches und soziales Wohlergehen, kulturelle Identität und politische Teilhabe – mehrheitlich verletzen, sowohl direkt aufgrund der Wahl von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung als auch indirekt aufgrund der strukturellen sozialen und ökonomischen Ungleichheit und der in ihren Überzeugungssystemen verankerten Gewaltlegitimation. Dem gegenüber legen die RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft ihre Positionen und Interessen offen dar, die sie aus den fundamentalen Bedürfnissen der Zivilbevölkerung ableiten. Sie wollen eine Beendigung des Konflikts mit friedlichen Mitteln auf der Basis von Verhandlungen und Am-

nestie sowie eine stabile Situation im Norden erreichen. Dies beinhaltet die Auflösung der Lager für Binnenvertriebene, die Versöhnung der Konfliktparteien, die Rehabilitation der Infrastruktur sowie soziale und ökonomische Chancen, kulturelle Selbstbestimmung und politische Partizipation.

4. Konfliktverlängernde Faktoren: Strukturelle Bedingungen und kulturelle Muster

Hinter den unvereinbaren Positionen und Interessen der primären Konfliktakteure scheinen strukturelle Bedingungen und kulturelle Muster durch, die dem Konflikt zugrunde liegen und seine Lösung erschweren.

4.1 Politische Faktoren

Der gegenwärtige Konflikt ist ein Erbe der sozialen und politischen Umwälzungen in Uganda seit der Unabhängigkeit im Jahre 1962, hat aber auch tiefere historische Wurzeln. Eine Vielzahl interner, gewaltsam ausgeprägter Konflikte um politische Macht und materielle und symbolische Ressourcen trug seit dem 19. Jahrhundert zu einer Nord-Süd-Spaltung bei, die sich nach der Unabhängigkeit weiter verfestigte (vgl. Kasozi 1999) und in der unzureichenden nationalen Integration des Nordens resultierte (RLP 2004: 10ff.). In jüngerer Zeit haben sich zudem internationale Interessen konfliktverlängernd ausgewirkt.

Krieg und Vertreibung, die heute mit der LRA in Verbindung gebracht werden, wurzeln in den Verwüstungen der Sklavenjäger des 19. Jahrhunderts und ihrer lokalen Verbündeten (Allen 2005: 7f.). Die heutigen Nord-Süd-Disparitäten haben ihren Ursprung in der Kolonialzeit, als die Briten den verschiedenen ethnischen Gruppen unterschiedliche gesellschaftliche, politische und militärische Stellungen zuordneten. Die koloniale Arbeitsteilung entlang ethnischer Linien beinhaltete, dass die Acholi für die uniformierten Dienste (Armee, Polizei, Gefängniswärter) rekrutiert wurden oder ungelernete Arbeit erhielten, während die Gruppen in Zentral-Uganda in spezialisierten ökonomischen Bereichen und im Erziehungswesen Beschäftigung fanden (Lucima 2002: 11f.; HURIPEC 2003: 20ff.). Dieses Muster setzte sich in der post-kolonialen Zeit unter den zwei Präsidentschaften von Milton Obote fort; sowie während der Präsidentschaft des Acholi Tito

Okello, als Acholi-Soldaten in gravierende Gräueltaten im Luwero-Dreieck involviert waren. Diese Entwicklungen verstärkten das Image der früheren Armee als eine Armee der Acholi, die unpopuläre Regierungsbefehle ausführte, das bis heute in der Feindseligkeit vieler UganderInnen gegenüber der Gruppe der Acholi fortwirkt (Gersony 1997: 9ff.; HURIPEC 2003: 22ff.; CSOPNU 2004: 27f.; Allen 2005: 9ff.).

Die LRA-Rebellion hat ihre Wurzeln in der extremen Unzufriedenheit der Acholi mit der Politik Musevenis, welche die Nord-Süd-Spaltung und unzureichende nationale Integration verfestigt hat (Neu 2004: 4). Seit der Machtübernahme Musevenis, dessen *National Resistance Army* im Januar 1986 den aus dem Norden stammenden Präsidenten Tito Okello stürzte, der nach der erfolgreichen Rebellion gegen Milton Obote sechs Monate Staatsoberhaupt gewesen war, wurde der Norden in den nationalen Entwicklungsprogrammen wenig berücksichtigt. Auch wurden Personen aus dem Norden nur selten mit Ämtern mit politischer Entscheidungsbefugnis im Zentrum betraut. Der seit zwei Dekaden andauernde Konflikt verstärkte die Benachteiligung der Acholi im ökonomischen Bereich und Erziehungswesen und schränkte ihre politische Teilhabe weiter ein. Der Präsident will – so mutmaßen RepräsentantInnen der Acholi-Zivilgesellschaft – den Konflikt auch weiterhin nicht lösen, den er als Problem des Nordens portraitiert und somit die Menschen im Norden und die anderen Bevölkerungsteile Ugandas auseinander dividiert, da er sich auf dieser Basis die bislang solide politische Unterstützung in den zentralen Gebieten Ugandas weiterhin zu sichern meint (vgl. Okumu 2003).

Externe Akteure, die den Konflikt aufgrund ihrer jeweiligen Eigeninteressen des Öfteren geschürt haben, sind zum einen die Regierung des Sudan bzw. einzelne Kommandeure der sudanesischen Armee und mögliche dritte Akteure im Sudan, welche die LRA unterstützten, da sie diese als Miliz gegen die bewaffnete Opposition im Süden des Sudan brauchten und aus der bewaffneten Auseinandersetzung auf beiden Seiten der Grenze bis heute kriegsökonomische Profite ziehen. Zum anderen birgt die Rolle der USA in der Region seit langem ein den Konflikt verlängerndes Potenzial in sich, da die USA nach wie vor eine militärische Lösung des Konflikts bevorzugen und Uganda sowie die SPLA militärisch und logistisch unterstützten, um ihre zentrale Position als wichtigster nicht-afrikanischer Akteur in der Region zu festigen und das Engagement ihrer ostafrikanischen Hauptverbände-

ten in dem von den USA ausgerufenen Krieg gegen den islamistischen Terrorismus sicher zu stellen.

4.2 Faktoren im Zusammenhang mit der Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in der Region, die aufgrund der fortgesetzten Gewalt der LRA seit langem kritisch ist, wird noch prekärer dadurch, dass einige Teile der Armee und der Miliz von der Regierung nicht angemessen kontrolliert werden und die Armee inzwischen Funktionen von Polizei und zivilen Gerichten übernommen hat.

Die ugandische Armee hat eine lange, mit der Unabhängigkeit beginnende Geschichte der Gewalt, Folter, außergerichtlicher Exekutionen und Plünderungen (HURIPEC 2003: 48ff.). Aufgrund der weit verbreiteten Korruption und kriegsökonomischer Interessen führender Militärs sowie der Selbsteinschätzung der Armee, den Gegner schnell besiegen zu können, fand die Regierung während der Friedensverhandlungen mit der LRA in den Jahren 1993/94 nicht die notwendige Unterstützung der Armee (RLP 2004: 27f.). Diese konfliktverlängernden Faktoren sind bis heute offensichtlich und blieben nicht ohne Einfluss auf die Soldaten, denen die Kriegsgewinne ihrer Offiziere nicht verborgen bleiben, während sie selbst unter äußerst schlechten Bedingungen leben, oft lange Zeit auf ihren Sold warten müssen, sich darüber im Klaren sind, dass sie in der Mehrheit entführte Kinder und Jugendliche töten und ihre Kameraden in großen Zahlen in einem Krieg sterben, der scheinbar nie enden will (CSOPNU 2004: 87; Neu 2004: 5). Aus diesen Gründen sind viele Soldaten, von denen sich einige an Plünderungen und Menschenrechtsverletzungen beteiligen, seit langem wenig motiviert, die Zivilbevölkerung adäquat zu schützen (RLP 2004: 29ff.). Dies gilt auch für die Milizen, die von der Regierung sanktioniert sind, gegen die LRA zu kämpfen, die vor allem unter arbeitslosen Jugendlichen rekrutiert wurden, kaum Training erhielten und ihre Waffen mitunter zu kriminellen Zwecken nutzen (CSOPNU 2004: 61, 88f.; RLP 2004: 37f., 40).

Schließlich wird der Konflikt dadurch verstärkt, dass die ugandische Polizei und die Gerichte durch die starke Präsenz der UPDF unterminiert wurden. Die Verhandlung gewöhnlicher Kriminalfälle ist seit langem schwierig, da die Polizeikräfte aufgrund der schlechten Sicherheitslage die betreffenden Fälle nicht in angemessener Zeit untersuchen und vor die Gerichte bringen können. Infolgedessen hat die Armee die Aufgaben von Polizei und zivilen

Gerichten inzwischen weitgehend übernommen. Das Gerichtswesen in den ländlichen Gebieten ist völlig zusammengebrochen, das einzige noch funktionierende Gericht ist das der Distrikthauptstadt Gulu (DFID 2003: 9; HURIPEC 2003: 104ff.).

4.3 Ökonomische Faktoren

Der Konflikt in Nord-Uganda wird durch die wachsende Armut der Acholi weiter angeheizt, die zu knapp 67% unter der Armutsgrenze leben (HURIPEC 2003: 60; RLP 2004: 25f.). Diese Situation ist nicht nur eine Folge der ungleichen Entwicklung des Landes während der Kolonialzeit, sondern wurzelt zudem in konzertierten Plünderungen Mitte der 1980er Jahre sowie in der Wirtschaftspolitik der Regierung Musevenis.

Die konzertierten Plünderungen zur Zeit der Machtübernahme Musevenis führten dazu, dass die Acholi fast den gesamten Bestand ihres Viehs (Rinder, Ziegen, Hühner) sowie ihre Ernte verloren. Verantwortlich hierfür waren Pastoralnomaden des benachbarten Karamoja-Distrikts, deren Tun von der Regierung nicht nur geduldet, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit von den Streitkräften auch aktiv unterstützt wurde (Gersony 1997: 31ff.; Leggett 2001: 28f.; HURIPEC 2003: 60).

Die nationale Wirtschaftspolitik hat die ökonomische Entwicklung des Nordens von Anfang an vernachlässigt. Heute sind die Acholi aufgrund der schlechten Sicherheitslage infolge der Rebellenaktivitäten und der Politik der Konzentration der Bevölkerungsmehrheit in Lagern nicht mehr imstande, ihre Felder zu bestellen, sodass sie fast vollständig von humanitärer Hilfe abhängig sind (Neu 2004: 4; RLP 2004: 26). Zudem ist die Ansiedlung in Lagern mit der ungeklärten Landfrage und Spekulationen verbunden, dass auf diese Weise Raum für kommerzielle Landwirtschaft geschaffen werden soll (CSOPNU 2004: 93). Die Zerstörung des landwirtschaftlichen Potenzials der Acholi hat auch ihr gesellschaftliches Gefüge auseinander gerissen.

4.4 Soziale und kulturelle Faktoren

Dem Konflikt zugrunde liegende soziale und kulturelle Faktoren sind zum einen auf nationaler Ebene, zum anderen in Bezug auf die Kultur und Gesellschaft der Acholi zu konstatieren.

Die Regierung hat bisher wenig unternommen, aus der multiethnischen Bevölkerung Ugandas eine Nation zu schaffen – d.h. eine horizontal inte-

grierte Gesellschaft, deren Mitglieder sich primär als UganderInnen identifizieren, auf dieser Basis solidarisch sind und ihre politische Loyalität auf den Staat richten. Ihre Politik hat vielmehr klare ethnizistische Tendenzen, die sich in der Isolierung der Acholi von den Gruppen des Südens widerspiegeln und interethnischen Stereotypen und Vorurteilen das Wort reden. Dem zufolge wären die Acholi, die zur Gruppe der luosprachigen WestnilotInnen gehören, die auch im Sudan und in Kenia ansässig sind, ein tendenziell fremdes, Gewalt liebendes, primitives Volk, das sich im Vergleich zu den bantusprachigen Menschen im Süden nur schwer in die ugandische Nation integrieren ließe, die in erster Linie als eine „Nation der Bantu“ (Museveni, zitiert in Neu 2004: 2) betrachtet wird (HURIPEC 2003: 31ff.; RLP 2004: 23ff.).

Weitere Faktoren, die dem Konflikt ursächlich zugrunde liegen oder ihn verkomplizieren, sind in der Kultur und Gesellschaft der Acholi begründet (vgl. Girling 1960; Okot p'Bitek 1980; Nzita/Niwampa 1993; Atkinson 1999), die in extrem kurzer Zeit einen enormen Wandel erfahren hat. So ist die gewaltsame Austragung von Konflikten keineswegs ein neues Phänomen. Vielmehr sind Fehden zwischen den patrilinealen Clans der Acholi eine tradierte, institutionalisierte Praxis. Gravierendes Fehlverhalten, insbesondere Mord, erforderte Kompensation in Form von Rache – was langfristig allerdings eine Konfliktregelung nicht ausschloss, die eine Entschuldigung, die Wiedervereinigung und Versöhnung der Konfliktparteien implizierte (PSSP 2005: 5ff.). Ein weiterer Faktor, der den Konflikt verkompliziert, ist der Glaube an Geister und ihre menschlichen Medien, die traditionell HeilerInnen und WahrsagerInnen/VisionärInnen waren, jedoch in den Wirren seit Mitte der 1980er Jahre damit begannen, Heilen und militärische Aktionen miteinander zu verbinden. Hierbei verwoben sie traditionelle und christliche Überzeugungen und begannen, Gewalt als eine Form der Therapie zu interpretieren – wie dies die christlich beeinflussten Geistermedien Alice Auma Lakwena, Severino Likoya Kiberu und heute Joseph Kony taten/tun (Behrend 1998: 107ff.; HURIPEC 2003: 70ff.; Allen 2005: 11).

Schließlich hat sich die langjährige Vertreibung und Ansiedlung in Lagern für Binnenvertriebene disruptiv auf Rollendefinitionen und Sozialisationsmuster der Acholi sowie ihre soziale und ökonomische Organisation ausgewirkt. Ältere Acholi beklagen, dass die jüngere Generation die traditi-

onelle Kultur nicht mehr kennt. In den überfüllten, räumlich beengten Lagern schlafen Erwachsene und Kinder gemeinsam in den kleinen Hütten, wo entgegen der Tradition heranwachsende Jungen und Mädchen zusammen kommen. Die institutionalisierten „Feuerstellen-Gespräche“, während derer in frühen Zeiten kulturelle Werte und Normen an die Kinder weitergegeben wurden, existieren nicht mehr. Da der Viehbestand vernichtet wurde, sind die Acholi nicht mehr in der Lage, Heiratsbräuche und Totenrituale in angemessener Weise auszuführen. Das Leben in Lagern hat zur Herausbildung neuer sozialer Positionen geführt, so z.B. die Position von Lagerführern, während die beratende und ausgleichende Rolle der Älteren im Kreise der zusammen lebenden Verwandtschaftsgruppen unterminiert wurde. Im Kontext der Lager funktioniert zudem die traditionelle ökonomische Organisation nicht mehr, die durch das gemeinsame Teilen von Arbeitskraft und Nahrungsmitteln gekennzeichnet war (HURIPEC 2003: 67f.).

5. Friedensentwicklung

Im Verlauf von langwierigen, gewaltsam ausgetragenen Konflikten – so auch in Bezug auf den Konflikt in Nord-Uganda – sind neben den stark ausgeprägten, konfliktverlängernden Faktoren immer auch Friedenspotenziale gegeben, die es zu konsolidieren gilt. Um die derzeitigen Dynamiken in der Friedensentwicklung zu verstärken und wesentliche Konfliktursachen erfolgreich bearbeiteten zu können, müssen jedoch weitere Bedingungen auf internationaler, nationaler und regionaler/lokaler Ebene erfüllt sein. Der Vergleich einer als ideal antizipierten Situation mit dem Status quo zeigt die Defizite und die Erfordernisse für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung und den Friedensaufbau.

5.1 Friedensfördernde Faktoren

Friedenspotenziale finden sich im politischen, sozialen und kulturellen Bereich. Hierzu gehören auf nationaler Ebene die Verlängerung der Amnestie für LRA-KämpferInnen niedriger und mittlerer Ränge durch die Regierung (Lucima 2002: 65f.; ICTJ/HRC 2005: 46ff.). Auch die beim Internationalen Strafgerichtshof eingereichte Klage gegen die LRA-Spitze ist

ein positiver Faktor, da die Untersuchung ein wichtiges Instrument für Gerechtigkeit darstellt – obwohl die Klage zum jetzigen Zeitpunkt vehement debattiert wird, da diese die von der LRA ausgehende Gewalt weiter anheizen und die fragilen Mediationsbemühungen gefährden kann (Allen 2005: 45ff.; ICTJ/HRC 2005: 18f.; ICG 2006: 9f.). Des Weiteren werden trotz der Präferenz für eine militärische Lösung die von der Regierung initiierten Verhandlungen unter Leitung von Bigombe fortgesetzt. Zudem sind die Acholi-ParlamentarierInnen, die national für den Friedensprozess werben, ein wichtiger friedensfördernder Faktor. Auch die Verbesserung der ugandisch-sudanesischen Beziehungen und die Konsolidierung des Friedensprozesses im südlichen Sudan unter Mitwirken von internationalen MediatorInnen haben einen positiven Einfluss auf die Situation in Nord-Uganda. Hinzu kommt die wachsende Beachtung des Konfliktes von Seiten der internationalen Gebergemeinschaft, welche die *Northern Uganda Peace Initiative* unterstützt und finanziert, sowie die Anwesenheit wichtiger internationaler Nichtregierungsorganisationen und UN-Organisationen in Nord-Uganda.

Auf regionaler Ebene erweisen sich die Initiativen von RepräsentantInnen der Acholi-Zivilgesellschaft als wichtiger Faktor der Konflikttransformation. Ihre Mediationsbemühungen zwischen der LRA-Führung und der ugandischen Regierung sowie die Rehabilitationsarbeit auf lokaler Ebene, bei der die Reintegration von Ex-KombattantInnen in die lokalen Gemeinschaften unter Berücksichtigung traditioneller Mechanismen der Versöhnung im Mittelpunkt steht, wird zum Teil von RepräsentantInnen der internationalen Gemeinschaft in und außerhalb Nord-Ugandas sowie von der Acholi-Diaspora unterstützt.

Schließlich finden sich in der Kultur der Acholi nicht zu unterschätzende Friedenspotenziale. Hierzu gehören die traditionellen Versöhnungsrituale (*Mato Oput*, *Gomo Tong* u.a.), die auf die frühere Regelung von Clan-Fehden zurückgehen. Heute werden diese Rituale als Mittel der Reintegration früherer LRA-KämpferInnen in ihre Gemeinschaften neu definiert (Allen 2005: 66f.; ICTJ/HRC 2005: 50ff.; PSSP 2005: 11ff.). Auch wirken sich Faktoren, die mit dem Wandel der Kultur und Gesellschaft der Acholi als Folge des Konflikts in Zusammenhang stehen, positiv auf die Situation aus. Die früher auf Clanzugehörigkeiten basierenden Loyalitäten haben sich inzwischen auf die Gesamtgesellschaft der Acholi verlagert. Die neue gesamt-

gesellschaftliche Identifikation und Kohäsion hat Angehörige der ländlichen Bevölkerung, Intellektuelle, religiöse Führer und Acholi in der Diaspora in Organisationen zusammengebracht, die teilweise aus traditionellen Institutionen hervorgegangen sind, welche nun neu definierte Funktionen erfüllen. Hierzu gehören der Zusammenschluss der Acholi-Führer und Ältesten im *Acholi Council of Chiefs*, die Koalition der religiösen Führer *Acholi Religious Leaders Peace Initiative* und die *Kacoke Madit*-Initiative der Acholi-Diasporagemeinschaft, die sich dem Prozess der Konflikttransformation verschrieben haben (HURIPPEC 2003: 66ff.).

5.2 Vision 2010/2015

Stellen wir uns Uganda in fünf oder zehn Jahren vor und gehen wir dabei von einer positiven Entwicklung der politischen Situation in Uganda und den benachbarten Ländern Sudan und Kongo aus, die dazu beiträgt, dass der Friedensprozess in Uganda auf einem guten Weg ist. Ein solcher idealer Zustand könnte folgendermaßen aussehen: In Uganda, dem Sudan und dem Kongo herrscht Stabilität, die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten sind kooperativ und von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Nach der vollständigen Implementierung des Friedensvertrags zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLA und der Beendigung der Unterstützung der LRA durch die sudanesischen Regierung, Milizen und andere Gruppen hat sich eine geeinte Front gegen nicht-staatliche bewaffnete Akteure gebildet. Infolgedessen wurde die LRA zunehmend isoliert. Dem Sudan ist es gelungen, die LRA unter Druck zu setzen, einem Waffenstillstand zuzustimmen und ihren Führer Joseph Kony und andere führende LRA-Kommandeure zu inhaftieren. Daraufhin haben die unteren Ränge der LRA die von der ugandischen Regierung angebotene Amnestie akzeptiert.

Innerhalb von Uganda gibt es mittlerweile einige wichtige Veränderungen. Nach der Einführung des Mehrparteiensystems und den Wahlen in den Jahren 2006 und 2011 haben die Spannungen in Nord- und Ost-Uganda erheblich nachgelassen. Die Regierung von Uganda unter Führung von Museveni bzw. dessen NachfolgerIn und einer/m aus dem Norden oder Osten des Landes stammenden VizepräsidentIn unternimmt seither ernsthafte Anstrengungen, das politische System neu zu strukturieren, den Zentralismus durch ein föderales System zu ersetzen sowie die politische Teilhabe aller Bevölkerungsteile und den Prozess der nationalen Integration voranzubrin-

gen. Zudem wurden ernst zu nehmende Maßnahmen gegen die Korruption in Armee und Verwaltung ergriffen. Der Militärhaushalt wurde reduziert, während die Staatsausgaben für soziale Wohlfahrt erhöht wurden.

Ein Entwicklungsplan für Nord-Uganda ist inzwischen implementiert. In der Region wurde mit dem Wiederaufbau der Infrastruktur sowie der Stabilisierung und Entwicklung des Wirtschafts-, Erziehungs- und Gesundheitssystems begonnen. Die Binnenvertriebenen konnten ohne Probleme auf ihr Land und in ihre Dörfer zurückkehren. Die Geberländer unterstützen diese Entwicklungen durch Finanzhilfe und Ressourcentransfers.

Die LRA-Führungsspitze erwartet im Gefängnis den Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Nachrangige LRA-Kommandeure verantworten sich vor den Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, die vor einiger Zeit eingerichtet wurden, um den Opfern Respekt zu erweisen, zukünftiger Gewalt vorzubeugen und die Zeit der gewaltsamen Konfliktaustragung aus Sicht der Betroffenen aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Die niederen Ränge der früheren LRA-KämpferInnen, welche die Amnestie akzeptiert haben, sind jetzt in Programme zur Versöhnung und Rehabilitation auf lokaler Ebene eingebunden, die psycho-soziale Hilfe sowie schulische und höhere Ausbildung umfassen und durch traditionelle Acholi-Versöhnungsrituale unterstützt werden. Ihre lokalen Gemeinschaften sind in den Prozess der Versöhnung und Rehabilitation einbezogen, um sie dazu zu befähigen, Ex-KombattantInnen ohne Vorbehalte wieder in ihrem Kreis aufzunehmen. Langzeitliche psychologische Beratung – insbesondere Traumabearbeitung infolge von Vergewaltigung und anderen Formen von Gewalt – wird allen Betroffenen angeboten, seien dies Opfer der LRA, der UPDF oder anderer Akteure.

Um den Prozess des Friedensaufbaus und der ökonomischen Entwicklung in Nord-Uganda und benachbarten Regionen weiter voranzutreiben, ist geplant, eine regionale Wirtschaftsgemeinschaft mit den Distrikten von Nord-Uganda und dem südlichen Sudan als Partner sowie Gulu und Juba als administrative Zentren aufzubauen, in die langfristig auch angrenzende Gebiete des Kongo einbezogen werden sollen. Dieser Plan wird von der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den Geberländern unterstützt. Ziel dieser ökonomischen Entwicklungszone ist es, die Ressourcen der betreffenden Gebiete zugunsten einer komplementären Entwicklung zu bündeln und eine ökonomisch integrierte Region mit freiem Fluss an Gü-

tern, Dienstleistungen und Menschen zu schaffen, um die gesamte Zone für Investitionen attraktiv zu machen. Während des Aufbauprozesses achten die beteiligten Regierungen strikt darauf, dass die lokale Bevölkerung und nicht Außenstehende einen fairen Anteil an den Ergebnissen dieser Entwicklung erhalten.

5.3 Status quo

Der Vergleich der derzeitigen Situation mit dem als ideal antizipierten Zustand zeigt die Defizite und Notwendigkeiten einer nachhaltigen Friedensentwicklung. Im nördlichen Uganda und den angrenzenden, zum Sudan und dem Kongo gehörenden Regionen ist die politische Lage nach wie vor instabil. Die LRA sowie die *Equatoria Defence Forces* (EDF) und andere bewaffnete Akteure sind im Norden Ugandas und im südlichen Sudan noch immer aktiv, die Rebellion und humanitäre Krise in der Dafur-Region ist nicht beendet und die Lage im östlichen Kongo gibt weiterhin Anlass zur Besorgnis. Die EDF wird von der Regierung des Sudan als Miliz eingesetzt und es wird vermutet, dass sie die LRA unterstützt. Aus diesen Gründen ist die Bildung einer geeinten Front gegen nicht-staatliche bewaffnete Gruppen zumindest in absehbarer Zeit mehr als unrealistisch. Trotzdem haben sich die Beziehungen zwischen Uganda und dem Sudan in jüngerer Zeit erheblich verbessert. Auch ist die LRA in der Tat zunehmend isoliert, was sie in absehbarer Zeit unter Druck setzen könnte, einen Waffenstillstand zu akzeptieren und ernsthafte Friedensverhandlungen aufzunehmen. Dem steht entgegen, dass die ugandische Regierung die militärische Offensive gegen die LRA fortsetzt.

Innerhalb von Uganda gab es in jüngerer Zeit einige wichtige Veränderungen. Das so genannten *no-party system* wurde 2005 durch ein Mehrparteiensystem ersetzt, wodurch eine wichtige Voraussetzung für größere politische Teilhabe der ugandischen Bevölkerung, freie Wahlen und demokratische Reformen geschaffen wurde. Allerdings hat der amtierende Präsident seine Pläne für eine dritte Amtszeit durch Änderung der in der Verfassung vorgesehenen Beschränkung auf zwei Amtszeiten inzwischen durchgesetzt. Auch hat die zeitweilige Inhaftierung von Kizza Besigye, dem aus dem Exil zurückgekehrten, stärksten politischen Gegenkandidaten von Museveni und Spitzenkandidaten des *Forum for Democratic Change* (FDC), der sich noch immer wegen Landesverrats, Verschwörung und Vergewalti-

gung vor ugandischen Gerichten verantworten muss, zu einer angespannten Situation im Vorfeld und während der Wahlen 2006 geführt. Die von Museveni gewonnene Wahl verlief zwar einigermaßen friedlich, war aber durch die Bevorteilung der Regierungspartei (Nutzung von Regierungsressourcen für ihre Kampagne und überwiegende Medienpräsenz) und Fälle der Einschüchterung oppositioneller Kräfte gekennzeichnet (HRW 2006). Zudem sind dezentralistische Bestrebungen zugunsten größerer politischer Entscheidungsbefugnis auf regionaler Ebene, die den Prozess nationaler Integration beschleunigen würden, nach wie vor äußerst begrenzt, wie auch solide Maßnahmen gegen Korruption in Armee und Verwaltung auf sich warten lassen. Der von den USA unterstützte Militärhaushalt Ugandas wird kurzzeitig wohl kaum reduziert werden, jedoch wachsen die staatlichen Ausgaben für Wohlfahrtsangelegenheiten inzwischen wieder – nicht zuletzt aufgrund des Drucks wichtiger EU-Geberländer, die angekündigt hatten, im gegenteiligen Falle ihre Finanzhilfen erheblich zu reduzieren, wenn nicht sogar auszusetzen.

Was Nord-Uganda betrifft, hat Museveni einen regionalen Entwicklungsplan angekündigt. Die Implementierung ist allerdings nur unter stabilen Sicherheitsbedingungen realistisch. So lange die LRA-Aktionen nicht nachlassen, werden die Lager für Binnenvertriebene nicht aufgelöst und die Landfrage nicht geklärt werden, die Menschen werden nicht in ihre Dörfer zurückkehren und ihr Land bestellen können und die nachhaltige Rehabilitation der Infrastruktur und des Wirtschafts-, Erziehungs- und Gesundheitssystems wird schwer zu erreichen sein. Jegliche weiterführenden Pläne zum Friedenaufbau und zur ökonomischen Entwicklung der Region durch Errichtung einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft mit nordugandischen und südsudanesischen Distrikten als Partner bleiben zur Zeit eine Utopie. Des Weiteren hat die betroffene Bevölkerung sich unlängst für eine Wahrheits- und Versöhnungskommission ausgesprochen, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für Gewalt und Missbrauch verantwortlich sind, unterstützt gleichzeitig aber auch die Amnestiegesetzgebung der Regierung für diejenigen, die zu TäterInnen wurden, da sie Opfer von Entführung und Indoktrination waren (ICTJ/HRC 2005). Musevenis erfolgreiche Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof, von dem er die Kriegsverbrechen der LRA untersuchen lassen will, wird vehement debattiert. Auf der einen Seite werden die Nachforschungen des Strafgerichtshofs als wichtiges Rechtsmit-

tel erachtet. Auf der anderen Seite gibt es diesbezügliche Bedenken – insbesondere, somit die von der LRA ausgehende Gewalt weiter anzuhizen und die Mediationsbemühungen von Betty Bigombe zu gefährden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Verbesserung der Sicherheitslage eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen zur Herstellung von Gerechtigkeit und Versöhnung darstellt.

6. Ausblick

Konflikttransformation im Kontext gewaltsamer Konflikte heißt, Konflikte derart zu lösen, dass nicht nur die direkte Gewalt beendet wird, sondern sich auch die Beziehungen zwischen den Konfliktparteien qualitativ verbessern, was Kooperation in Bezug auf die Lösung der tieferen Konfliktursachen, die Wiedergutmachung der reversiblen Schäden und die Versöhnung der Konfliktparteien impliziert. Dies setzt die Stärkung von verbindenden Faktoren zwischen den Konfliktparteien und kreative Entwicklung ihrer Potenziale, mit zukünftigen Konflikten auf friedliche Art und Weise umzugehen, voraus sowie die Schaffung bzw. Wiederherstellung von gesamtgesellschaftlich gerechten ökonomischen und sozialen Verhältnissen (vgl. Anderson 1999; Assefa 1999).

Der gewaltsame Konflikt im Norden Ugandas ist ein Symptom eines grundlegenden Konflikts zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, der nicht durch die Zerschlagung der LRA allein gelöst werden wird und vermutlich auch nicht durch ein Friedensabkommen mit der LRA – sollte dies denn zustande kommen. Erst wenn auch die strukturellen und kulturellen Ursachen der Gewalt bearbeitet werden, wird Uganda geeint und in der Lage sein, den Demokratisierungsprozess und eine auf sicheren Füßen stehende ökonomische und soziale Entwicklung voranzutreiben. Die Friedensentwicklung in Nord-Uganda impliziert konzertiertes und koordiniertes Handeln aller relevanten ugandischen und internationalen Akteure. Eine dauerhafte Lösung kann nicht allein durch eine auf die Führungsgruppen zielende reaktive Intervention von außen erreicht werden (Ropers 1996: 439). Aber auch zivilgesellschaftliche, auf der mittleren und unteren/lokalen gesellschaftlichen Ebene angesiedelte Initiativen zur Konflikttransformation sind in Gefahr zu versanden, wenn sie sich nicht in Friedensallianzen

vernetzen, um so ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam stärkere Wirkungen zu entfalten (vgl. Lederach 1997; Ropers 2000; Paffenholz 2002), und wenn ihre Friedens- und Versöhnungsarbeit nicht an einem bestimmten Punkt in politische Entscheidungen auf Regierungsebene übersetzt wird. Friedensrelevante Akteure aller gesellschaftlichen Ebenen sind gefragt, eine gemeinsame Strategie zur Beendigung der direkten und der strukturellen Gewalt sowie der in Überzeugungssystemen verankerten Gewaltlegitimation durchzusetzen.

7. Nachwort

In diesem Beitrag wurde die Geschichte des Konfliktes und des Friedensprozesses in Nord-Uganda bis Mitte 2006 dargestellt. Seither sind entscheidende Veränderungen eingetreten, die auf ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzung und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages hoffen lassen (vgl. hierzu ugandische und internationale Presse, tägliche Nachrichten: <http://allafrica.com/peaceafrica/>).

Seit Juli 2006 verhandeln Delegationen von Regierung und LRA auf Initiative des aus dem südlichen Sudan stammenden Vizepräsidenten des Sudan Salvar Kiir und unter Leitung des Vizepräsidenten der autonomen Region Südsudan Dr. Riek Machar in der südsudanesischen Stadt Juba. Die LRA-Führungsspitze, die sich in den Garamba-Nationalpark im Ost-Kongo zurückgezogen hat, nimmt nicht an den Verhandlungen in Juba teil, da sie aufgrund der Anklage des Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Völkermordes, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Verhaftung fürchtet. Stattdessen sitzen Repräsentanten der Exilvertretung der LRA, die sich seit Jahren nicht mehr zu Wort gemeldet hatten, mit am Verhandlungstisch. Joseph Kony und andere Mitglieder der Führungsspitze haben sich jedoch Anfang August mit VertreterInnen der Regierung und RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft – darunter die religiösen und traditionellen Führer der Acholi sowie aus Nord-Uganda stammende Parlamentarier – im Kongo getroffen. Diese wurden von nahen Verwandten von Kony und seinem Stellvertreter begleitet, denen die ugandische Regierung die Reise gestattet hatte, die sie als vertrauensbildende Maßnahme verstand.

Der ugandische Präsident hat inzwischen verlauten lassen, dass das im Jahre 2000 verabschiedete Amnestie-Gesetz für LRA-KämpferInnen, von dem die Führungsspitze bislang ausgenommen war, nun auch auf diese Anwendung finden soll, wenn es zum Abschluss eines Friedensvertrages mit der LRA kommen sollte. Abgesandte der ugandischen Regierung bemühen sich zurzeit in Den Haag, dass die Anklage gegen die LRA-Führungsspitze fallen gelassen wird. Der Staatsanwalt des internationalen Strafgerichtshofes sowie VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen (u.a. *Human Rights Watch*) haben jedoch mehrfach betont, dass Uganda und die benachbarten Staaten Kongo und Sudan die Verpflichtung haben, die Mandate für die Gefangennahme von Kony und seinen engsten Gefolgsleuten auszuführen, so dass es zu einem Verfahren kommen kann.

Von Regierungsseite und VertreterInnen der Zivilgesellschaft wird die Durchführung traditioneller Acholi-Versöhnungsrituale zur Reintegration von LRA-KombattantInnen einschließlich der LRA-Führung erwogen. Sie argumentieren, dass die Nachforschungen des Internationalen Strafgerichtshofes die Verhandlungsbemühungen gefährdeten und für Uganda derzeit nicht die Herstellung von Gerechtigkeit im Vordergrund stünde, sondern der Versöhnungsprozess der probate Weg sei, zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

Literatur

- Allen, Tim (2005): War and Justice in Northern Uganda: An Assessment of the International Criminal Court's Intervention (Draft). London: LSE.
- Anderson, Mary B. (1999): Do no Harm. How Aid can Support Peace – or War. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Assefa, Hizkias (1999): The Meaning of Reconciliation. In: European Centre for Conflict Prevention (Hg.): People Building Peace. 35 Inspiring Stories from Around the World. http://www.gppac.net/documents/pbp/part1/2_reconc.htm, 15.10.2005.
- Atkinson, Ronald R. (1999): The Roots of Ethnicity. The Origins of the Acholi of Uganda. Kampala: Fountain Publishers.
- Behrend, Heike (1993): Alice und die Geister: Krieg im Norden Ugandas. München: Trickster Wissenschaft.
- Behrend, Heike (1998): War in Northern Uganda. The Holy Spirit Movements of Alice Lakwena, Severino Lukoya & Joseph Kony (1986-1997). In: Clapham, Christopher (Hg.): African Guerillas. Oxford: James Currey Ltd., 107-119.

- CSOPNU/Civil Society Organisations for Peace in Northern Uganda (2004): No-where to Hide – Humanitarian Protection Threats in Northern Uganda. Kampala: CARE International in Uganda.
- DFID/UK Department for International Development (2003): Conflict Analysis and Strategy for Acholi Land. Core team three, June 2003.
- Doom, R./Vlassenroot, K. (1999): Kony's message: a New Koine? The Lord's Resistance Army in Northern Uganda. In: *African Affairs* 98 (390), 5-36.
- Finnström, Sverker (2003): Living With Bad Surroundings. War and Existential Uncertainty in Acholiland, Northern Uganda. Stockholm: o.V.
- Fisher, Simon/Abdi, Dekha Ibrahim/Ludin, Jawed/Smith, Richard/Williams, Steve/Williams, Sue (2000): *Working With Conflict. Skills and Strategies for Action*. London: Zed Books, in association with Responding to Conflict/RTC, Birmingham.
- Galtung, Johan (1998): *Frieden mit friedlichen Mitteln – Frieden und Konflikt, Entwicklung und Kultur*. Opladen: o.V.
- Galtung, Johan (2000): *Conflict Transformation by Peaceful Means. The Transcend Method*. Geneva: United Nations Disaster Management Training Programme. http://www.undmtp.org/english/conflict_transform/conflict.pdf, 15.11.2005.
- Galtung, Johan (2003): *Meeting Basic Needs: Peace and Development*. http://www.transcend.org/t_database/articles.php?ida=146, 15.11.2005.
- Gersony, Robert (1997): *The Anguish of Northern Uganda. Results of a Field-Based Assessment of the Civil Conflicts in Northern Uganda*. Kampala: United States Embassy and USAID Mission.
- Girling, Frank K. (1960): *The Acholi of Uganda*. Colonial Office, Colonial Research Studies 30. London: Her Majesty's Stationery Office.
- HURIPPEC/Human Rights & Peace Centre (2003): *The Hidden War: The Forgotten People – War in Acholiland and Its Ramifications for Peace and Security in Uganda*. Kampala: Faculty of Law, Makerere University.
- HRW/Human Rights Watch (2003a): *Stolen Children: Abduction and Recruitment in Northern Uganda*. Human Rights Watch Reports March 2003, 15, 7 (A). Washington D.C.: Human Rights Watch.
- HRW/Human Rights Watch (2003b): *Abducted and Abused: Renewed Conflict in Northern Uganda*. Human Rights Watch Reports July 2003, 15, 12 (A). Washington D.C.: Human Rights Watch.
- HRW/Human Rights Watch (2006): *Uganda: Election Irregularities Require Judicial Probe*. Kampala, March 3, 2006. http://hrw.org/english/docs/2006/03/01/uganda12745_txt.htm, 05.03.2006.
- ICTJ/HRC/International Center for Transitional Justice and the Human Rights Center/Phuong, Pham/Vinck, Patrick/Wierda, Marieke/Stover, Eric/di Giovanni, Adrian (2005): *Forgotten Voices. A Population-Based Survey of Attitudes about Peace and Justice in Northern Uganda*. Berkeley: International Center for Transitional Justice and the Human Rights Center, University of California.

- ICG/International Crisis Group (2006): A Strategy for Ending Northern Uganda's Crisis. International Crisis Group Policy Briefing, Africa Briefing N°35. Kampala/Brussels, 11 January 2006. http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/central_africa/b035_strategy_for_ending_northern_uganda_s_crisis.pdf, 01.02.2006.
- Justice and Peace Commission (2004-2006): Monthly and Situational Reports 2004-2006. Gulu: Gulu Archdiocese.
- Kasozi, A. B. K. (1999): The Social Origins of Violence in Uganda. Kampala: Fountain Publishers.
- Lederach, John Paul (1997): Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies. Washington, D.C.: United States Institute for Peace Press.
- Leggett, Ian (2001): Uganda. An Oxfam Country Profile. Kampala/Oxford: o.V.
- Lenhart, Lioba (2005): Peace and Conflict Assessment of (Northern) Uganda. Unpublizierte Studie. Eschborn: GTZ.
- Lucima, Okello (Hg., 2002): Protracted Conflict, Elusive Peace: Initiatives to end the Violence in Northern Uganda. London: Conciliation Resources & Kacoke Madit.
- MSF/Médecins Sans Frontières (2006): Beyond the Headlines: Top ten list of under-reported stories in 2005. MSF Press Release 12.01.2006. <http://www.msf.org/msfinternational>, 23.01.2006.
- Neu, Joyce (2004): Conflict Analysis for the Northern Uganda Peace Initiative (NUPI): Launching a Dialogue for Peace between the LRA and the GOU. San Diego: Joan B Kroc Institute for Peace and Justice, University of San Diego.
- NRC/Norwegian Refugee Council 2004: Situation Report Northern Uganda: The Current Humanitarian Situation, the Humanitarian Response and Future Scenarios, October 2004.
- Nzita, Richard/Niwampa, Mbaga (1993): Peoples and Cultures of Uganda. Kampala: Fountain Publishers.
- Okot p'Bitek (1980): Religion of the Central Luo. Kampala: o.V.
- Okumu, Ronald Reagan (2003): Analytical Proposal for Peace in Northern Uganda. Kampala: o.V.
- Paffenholz, Thania (2002): Stärkung von Friedensallianzen. Eschborn: GTZ.
- Paffenholz, Thania/Reychler, Luc (2004): Introducing the Peace and Conflict Assessment Model (PCA). Version of the authors 30.6.2004. <http://www.fielddiplomacy.be>, 30.06.2005.
- PSSP/Psychosocial Support Program (2005): Traditional Ways of Preventing and Solving Conflicts in Acholi. Gulu: Caritas, Gulu Archdiocese.
- RLP/Refugee Law Project (2004): Behind the Violence: Causes, Consequences and the Search for Solutions to the War in Northern Uganda, Refugee Law Project Working Paper N° 11, February 2004. Kampala: Refugee Law Project.
- Ropers, Norbert (1996): Rollen und Funktionen Dritter Parteien bei der konstruktiven Bearbeitung ethno-politischer Konflikte. In: Die Friedens-Warte 71 (4), 417-441.

- Ropers, Norbert (2000): Die internen Akteure stärken! Krisenprävention und Konflikttransformation durch Friedensallianzen. In: Evers, Tilman (Hg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Idee-Erfahrungen-Ziele. Opladen: Leske und Budrich, 68-78.
- The East African (2006): Ugandan, Sudan crises among the least reported in Western media. In: The East African 585 (16-22), 19.
- Weyel, Volker (2004): Uganda. Soziokulturelle Kurzanalyse. Bonn/Hamburg: Institut für Afrikakunde.

Abstracts

In Nord-Uganda herrscht seit nunmehr 20 Jahren Bürgerkrieg. Die gewaltsame Konfliktaustragung zwischen der *Lord's Resistance Army* (LRA) und der ugandischen Regierung und Armee hat 1,6 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen gemacht und ist von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet. In diesem Beitrag wird den Fragen nachgegangen, warum dieser Konflikt bisher nicht gelöst wurde und welche Faktoren zur Friedensentwicklung beitragen können. Der Beschreibung der gegenwärtigen Konfliktdynamik sowie der Betrachtung der Beziehungen zwischen den Konflikt- und Friedensakteuren und ihrer Positionen, Interessen und Bedürfnisse folgt die Erörterung der strukturellen Bedingungen und kulturellen Muster, die dem Konflikt zugrunde liegen und seine Lösung erschweren. Anschließend werden die Friedenspotenziale fokussiert und die Vision einer idealen Situation skizziert, die eintreten könnte, wenn wesentliche Konfliktursachen erfolgreich bearbeitet worden sind. Der Vergleich der Realität mit dem als ideal antizipierten Zustand macht die Defizite sowie die Erfordernisse für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung und den Friedensaufbau deutlich.

In Uganda a violent internal war has been ravaging the northern region for the past twenty years. This armed conflict between the Lord's Resistance Army (LRA) on the one side and the government of Uganda and the Ugandan army respectively on the other side has displaced 1.6 million people and given rise to severe human rights violations. This article describes the current conflict dynamics, examines the relations between the main conflict and peace actors and their positions, interests and needs, and dis-

cusses the structural causes and cultural patterns that underpin the conflict and impede its resolution. Finally, the existing capacities for peace are emphasised, and the vision of an ideal situation is developed which anticipates that the root causes of the conflict had been met with success. By comparing the reality with this ideal situation, the peace building deficiencies and needs are identified.

Lioba Lenhart
Institut für Völkerkunde der Universität zu Köln
Albertus-Magnus-Platz
D-50923 Köln
lioba.lenhart@uni-koeln.de